

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

486 (17.10.1918) Abendausgabe

Bezugs-Preise:
Ausg. A ohne „Nacht. Beilage“
Ausg. B mit „Nacht. Beilage“
In Karlsruhe: Ausgabe A B
monatlich
Im Verlage abgeholt 1.22 1.42
in d. Briefstellen 1.35 1.55
frei ins Haus ge-
liefert 1.35 1.55
Auswärts: bei Ab-
holung a. Postschalter 1.22 1.43
Durch d. Briefträger
tägl. 2mal ins Haus 1.46 1.67
Eingel-Kummer . . . 10 Pfa.
Geschäftsstelle:
Ritel- und Baumstr.-Eck, nächst
Kaiserstraße und Marktplatz.

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.
Weitens größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von
Ferd. Hiergarten.
Chefredakteur: Albert Herzog.
Verantwortlich für den Textteil:
Anton Rudolph; für den Anzei-
genteil: H. Rinderspacher, sämtl. in
Karlsruhe i. V.
Berliner Vertretung: Berlin W 10

Anzeigen:
Die Spaltenzahl 30 Pfa.
Die Zeilenzahl 1 Pfa.
An 1. Stelle 1.25 Pfa. die Zeile,
außerdem 10% Erhöhung für die
Anzeigen in besonderen Anzeigen-
blättern.
Bei Nichtannahme des Anzei-
gens wird die Rückzahlung des
Anzeigens und des Anzeigens
unter Kraft steht.
Verlagshaus: Karlsruhe Nr. 8850.

Nr. 486. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Donnerstag den 17. Oktober 1918. Telefon: Redaktion Nr. 309. 34. Jahrgang.

Deutscher Heeresbericht.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Kampffeld nahmen wir unsere Front in die
Dinic östlich von Torhout—Keltamp—Zugelmün-
ker, im Anschluß hieran hinter die Eys zurück; nach stärk-
stem Feuer auf das geräumte Gelände führte der Feind an
unseren neuen Stellungen heran. Weidertis von Kooles-
lamp griff er sie mit starken Kräften, bei Torhout und
Zugelmünker in Teilschüben an. Auch gegen die Eys-
Front bei Kortrijk und Menen führte er heftige An-
griffe. Der Feind wurde überall abgewiesen. Gegen
unser neue Front zwischen Bille und Douai ist der Feind
gefallen bis in Linie Capinghem—Alenes-les-Marais—Curin-
Dignies gesiegt. Am Seile-Abchnitt drang der Ge-
gner bei Haussy in unsere Linien ein. Radfahrerbataillone
warfen den Feind im Gegenstoß zurück und nahmen die
alte Stellung wieder. Die Beschießung der Stadt
Denain durch englische Artillerie hält an und hat weitere
Opfer unter den französischen Einwohnern und Flüchtlingen
gefordert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
An der Oise-Front zeitweilige Artilleriekämpfe. Er-
neute Angriffe der Franzosen nördlich von Reign wurden
abgewiesen. An der Aisne und an der Oise scheiterten
starke französische Angriffe vor unseren neuen Linien westlich
von Grandpré.

Heeresgruppe von Gallwitz.
Deftlich der Aisne wurden amerikanische Angriffe, deren
Hauptstoß sich gegen Champignulle und Sandres
richtete, abgewiesen. Beide Orte wurden gehalten. Die Höhe
nördlich von Sandres blieb nach wechselvollem Kampf in
Feindeshand. Auch auf dem Oise-Feld der Maas scheiterten
erneute Angriffe des Feindes. Bei Abwehr des westlich von
Flabas mit Panzerwagen vordringenden Gegners zeichnete
sich die 1. Landwehr-Division besonders aus.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Vor unserer neuen Front zwischen Jagodina und
Nisch hat der Feind die Dinie westlich Morawa—Kus-
zevac—und Vlesjanc erreicht. Teilangriffe, die er aus
dieser Dine heraus führte, wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Fudeubozff.
Staatssekretär Gröber über die Kriegsanleihe:
Keine Regierung, kein Reichstag wird
es jemals wagen dürfen, die Sicherheit
der Kriegsanleihe anzufassen.

Zur polnischen Frage.

Berlin, 16. Okt. Sämtliche deutsch-polnischen Organisationen
haben, wie schon kurz mitgeteilt wurde, einen Aufruf an die preußi-
schen Polen erlassen, worin sie sich auf die von der deutschen
Reichsregierung angenommene Friedensgrundzüge Wilsons berufen
und die Vereinigung aller in den polnischen Ländern wohnen-
den Polken zu einem Ganzen und eine polnische Meeresküste
fordern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie sich dabei in dem
Wahn befinden, nämlich das Recht zur Einverleibung preußischer
polnischer Gebiete und der Hafenstadt Danzig in das künftige
selbständige Polenreich vertreten zu können. Ebenso zweifelsfrei
ist aber auch fest, daß die Wilson'schen Friedensgrundzüge für ver-
altete Forderungen keinerlei Unterlage bieten. Wilson verlangt
nur, daß dem unabhängigen Staat der Zukunft alle Territorien
angehören sollen, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung
bewohnt sind, und daß der Polenstaat einen gesicherten, freien und
zuverlässigen Zugang zur See besitzen müsse.

Eine unzweifelhaft polnische Bevölkerung gibt es nirgends in
Preußen-Deutschland. In den gemischtsprachigen Gebieten hat der
Lebens von Polen am meisten durchsetzte Regierungsbezirk Polen nur
67,88 Prozent polnische gegenüber 31,93 Prozent deutscher Bevölke-
rung. In ober-schlesischen Regierungsbezirk Oppeln wurden zuletzt
neben 52,98 Prozent Polen 40,94 Prozent Deutsche gezählt. In
anderen Regierungsbezirken sind also erhebliche deutsche Minoritäten
vorhanden, jedoch man von einer „unzweifelhaft“ polnischen Bevölke-
rung gewiß nicht reden kann. In allen übrigen gemischtsprachigen
Gebieten bleibt der polnische Prozentatz unter 50, in der Stadt
Danzig beträgt er gar nur 21 Prozent gegen 79,5 Prozent Deut-
sche. Mit welchen Recht sich da die Polen auf Wilsons Friedens-
bedingungen stützen wollen, ist gänzlich unerfindlich.

Der freie, gesicherte und zuverlässige Zugang zur See ist durch
freie Schifffahrt auf der Weichsel und Eindämmung eines Freihafens
im Danziger Hafengebiet jederzeit herstellbar. Dazu ist man in
den führenden Danziger Kreisen auch bereit. Dagegen trüben sich
die ferndeutsche alte Hansestadt schon jetzt mit aller Entschiedenheit
gegen eine Vereinigung mit dem neuen poln. Staat. In einem Tele-
gramm des Danziger Magistrats an den Reichskanzler, die Staats-
sekretäre und den Danziger Reichstagsabgeordneten Weichseln
wird Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker genommen,
der deutsche Charakter und die deutsche Kulturkraft Danzigs ener-

gisch betont, und der feste Entschluß geäußert: „Wir wollen deutsch
bleiben immerdar!“ Es wird sich niemand in deutschen Landen
finden, der diesen Entschluß nicht unter allen Umständen für den
richtigen und für unterkühlungswert hielt.

Aber nicht nur in Weichseln, auch in Polen regt es sich
allenfalls gegen die polnischen Aneignungsgeißte.
Folgende Kundgebung ist von allen politischen deutschen Par-
teien, von allen wirtschaftlichen und konfessionellen deutschen Organi-
sationen und vielen deutschen Vereinen der Provinz Polen be-
schlossen und der Reichsleitung sowie den Fraktionen des Reichs-
tages telegraphisch übermittelt worden:

In ihrem Aufruf verlangen die Polen unter Berufung auf
das Friedensangebot der deutschen Regierung und auf eine unrichti-
ge und unvollständige Wiedergabe der Wilson'schen Note die Ab-
tretung der ehemals polnischen Landesteile von Preußen und ihre
Vereinigung mit dem neu zu gründenden polnischen Staat. Wir
Deutsche in der Provinz Polen weisen diese unberechtigten Ansprüche
zurück, die in den Wilson'schen Bedingungen keine Stütze finden.
Mehr als 800 000 Deutsche wohnen in der Provinz Polen; die
meisten Industriellen und der größte Teil des Handels sind in ihren Hän-
den und anerkanntlich sind die idealen Werte, welche deutsche Ar-
beit, Kultur und Wissenschaft geschaffen hat. Fast alle Städte sind
Tausenderte alte deutsche Gründungen. Wir ermahnen mit Be-
stimmtheit, daß allen Maßnahmen und Entschlüssen entgegenge-
treten wird, die darauf hinauszielen, die Provinz Polen vom deutschen
Vaterlande loszureißen.

Inzwischen haben auch die Dinge in Polen selbst wieder das
Interesse der deutschen Öffentlichkeit in hohem Grade herausgefor-
dert. Ein in höchstbedauerndem Tone gehaltenes Brief des polnischen
Regierungsrates an den Generalgouverneur Besefer fordert in
anmaßendem Tone größere Bewegungsfreiheit für den Regent-
schaftsrat durch weitgehende Überlassung der Zivilverwaltung, die
bisher bei dem Mangel an geeigneten polnischen Beamten in deut-
schen Händen lag. Dem zustimmenden Brief des Generalgouver-
neurs wird nun in der parteiamtlichen Reichs-Correspondenz der
Vorwurf allzu demütiger Abfassung gemacht. Zugleich aber wird
von dieser Seite aus gefordert, gleich der gesamten Zivilverwal-
tung auch die gesamte Militärverwaltung mit allen Befehlungs-
kräften, die bisher in Polen Ruhe und Ordnung anrecht erhielten,
zurückzugeben, da die deutsche Heimat und die Front im Westen
jeden Mann brauche. Damit für unsere Arbeit zur Auerrichtung
Polens haben wir von dem polnischen Volke und seinem Regent-
schaftsrat doch nicht zu erwarten. So mögen die Herren in War-
schau sehen, wie weit sie ohne uns fertig werden können. Das
Dekret vom 5. November 1918, das die Unabhängigkeit des polni-
schen Staates als erstes deutsches Kriegsziel in der Versailler
Mann-Hollweg aufstellt, war ohne den verhängnisvollen Schritt,
den ein deutscher Staatsmann tun konnte. Diegt es auch nicht in
unserer Hand, ihn rückgängig zu machen, so sollen wir doch nicht
uns für ein Polen, das nach uns am allerwenigsten fragt, mit unse-
rer deutschen Militär- und Zivilverwaltung weiter bemühen. Der
Regierungsrat soll sich mit den polnischen Verhältnissen selbst
auseinandersetzen.

Der Wilsonfriede.

Zum Verhalten der Alliierten.
o St. Gallen, 17. Okt. (Privattele.) Das „Tagbl.“ meldet
aus London: Eine Reutersmeldung besagt, daß die in Paris
verlammte gemeinsame Chefs der englischen, französischen und
italienischen Regierung betreffend das Verhalten gegenüber
den deutschen Vorschlägen eine Einigung erzielt hätten, der die
Ministerräte in London, Paris und Rom zustimmten. (g. K.)

Englische Prophezeiung.
o Zürich, 17. Okt. (Privattele.) Die „Neuen Zürch. Nachr.“
berichten aus London, nach einer Meldung des „Daily Mail“
erklärte ein hoher Funktionär des Munitionsministeriums,
daß um Weihnachten herum Frieden sein werde. (g. K.)

Die amerikanischen und englischen Forde-
rungen.
— Haag, 15. Okt. Der amerikanische Korrespondent der „Daily
News“ sagt in einem Telegramm vom Sonntag abend: „Die ameri-
kanische Diplomatie wird wahrscheinlich Deutschland vor eine Wahl
zwischen dem Kaiser und dem Frieden stellen. Auch die liberale
Presse Englands beginnt sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Die
„Westminster Gazette“ erklärt: „Wenn Wilson die Frage
aufstellt, ob der Reichstag allein für die Constimul Authority
trifft, die bisher den Krieg geführt hat, so bedeutet er offenbar,
daß unter den Bedingungen, die erfüllt werden müssen, bevor der
Friede geschlossen werden kann, auch die Folgen genannt werden,
nämlich, daß diese Wähler vom Scheitern verschwinden.“

Nach dem „Neuen Rotterdamischen Courant“ erklärt die „Daily
News“, es sei bisher noch zu wenig herangezogen worden, daß die
Räumung von Wien und Bonyw die Munitionsindepotie des Reichs
auf das Schwere treffen würde. Außerdem würde die Anwe-
senheit der alliierten Aufgeschwader an der deutsch-französischen
und deutsch-belgischen Grenze halb Deutschland der Vernichtung aus-
setzen, wenn die Feindseligkeiten wieder beginnen sollten. An dessen
Stelle die endgültige Entscheidung über den Waffenstillstand dem
General hoch überlassen bleiben. Wenn er z. B. bestimme, daß die
Deutschen bei ihrem Rückzug ihre Kanonen zurücklassen müßten, so
sei er der Unterzeichnung aller alliierten Völker sicher. Der deutsche
Vorstoß, daß der Waffenstillstand gleichzeitig mit der Räumung
erfolge, sei absolut nicht möglich zu nennen, falls die Garantien
gegeben werden, die die Heere und Flottenführer der Alliierten for-
dern. (Krlf. Itz.)

Französische Friedensbedingungen.

o Basel, 17. Okt. (Privattele.) Nach Meldungen von der
französischen Grenze fanden in Lyon, Marseille und anderen
französischen Städten Friedenskundgebungen statt. In Lyon
forderte der Präsident der Gewerkschaften zu einem 12stündigen
Empfängnistreff für nächsten Samstag auf als Demonstration
für den Völkerrfrieden. (g. K.)

o Basel, 17. Okt. (Privattele.) „Humanität“ meldet, es sehe
ein gemeinsamer Schritt der sozialistischen Kammervertreter in der
Frage der Friedensbedingungen Frankreichs bevor. (g. K.)

Die Mindestforderungen Italiens.

o Zürich, 17. Okt. (Privattele.) „Corriere della Sera“ mel-
det aus Rom: Die bisher bekannt gewordenen Gebietsangehörig-
nisse Oesterreich-Ungarns werden als nicht genügend angesehen,
aber man hofft auf eine weitere Einsicht des Feindes und auf

eine Fortsetzung des Waffensteges der Alliierten. „Secolo“
meldet: Der Ministerrat lehnte die Rede Orlando's in der Kam-
mer fest, die die Mindestforderungen Italiens bekannt geben
soll. (g. K.)

WTB. Bern, 17. Okt. (Nicht amtlich.) Die römische Presse
fordert allgemein als Vorbedingung des Waffenstillstandes
außer der Räumung der besetzten Gebiete auch die der Trentina,
„Giornale d'Italia“ und „Corriere d'Italia“ erklären, daß die
Rücküberlegung der österreichischen Front auf die Grenzen vor
1866 keine genügende Garantie bedeute und Italien einem der-
artigen Waffenstillstand die Fortsetzung des Krieges vorziehen
würde.

Wilson und die öffentliche Meinung in
Amerika.

WTB. Berlin, 17. Okt. (Nichtamtlich.) Die „Nordb. Allg.
Zeitung“ schreibt redaktionell unter der obigen Ueberschrift u. a.:
„Es ist nicht zu bezweifeln, daß Präsident Wilson und seine Partei
in schwerem Kampfe stehen gegen die populären Richtungen.“ Präsi-
dent Wilson hat durch seine erste Note gezeigt, daß er auch in der
Friedensfrage entschlossen ist, seinen Willen durchzusetzen und sich zu-
nächst nicht zu einem brutalen Zuschlagen der Feindeslinie hinreißen
zu lassen. Das beweist seine Note vom 8. Oktober.

„Dagegen scheint es unverkennbar, daß Wilson in seiner zweiten
Note an die deutsche Regierung es für nötig gefunden hat, über es
für nötig finden mußte, der Stimme weiter amerikanischer Kreise
Rechnung zu tragen, die aus dem Uebermut eines in Vergrößerungs-
wahn lebenden Sinnes geboren ist. Ob sich Herr Wilson nur tatlich
von dieser Richtung beeinflussen läßt, oder ob sie dauernd Tun und
Tahat der amerikanischen Politik beeinflussen wird, muß sich im
weiteren Verlaufe der Friedensgespräche herausstellen.“

Wilson und Oesterreich-Ungarn.

o Basel, 17. Okt. (Privattele.) Der „Herold“ meldet
aus New York: Präsident Wilson wird Oesterreich-Ungarn kon-
krete Vorschläge für die Neuordnung der Monarchie und für den
Eintritt in Friedensbesprechungen unterbreiten. (g. K.)

WTB. Wien, 16. Okt. (Nicht amtlich.) Im Anschluß für Anhe-
res der österreichischen Delegationen erklärte Graf Burian auf
eine Anfrage wegen der Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn:
„Wir ist die Antwort bisher noch nicht zugegangen. Sobald sie
eingetroffen sein wird, werden wir uns sofort mit dem Öbmann
des Ausschusses ins Benehmen setzen. Doch erlaube ich mir, darauf
hinzuweisen, daß wir die Bildung der Schicksale, welche jetzt
zwischen uns und unseren Gegnern gewechselt werden, stets im Ein-
vernehmen mit Deutschland beschließen. Das bedingt nur eine ganz
kurze Zeit der Vertiefung, aber es können auch 24 Stunden ver-
gehen. Eine kurze Aussprache mit Berlin ist immer erforderlich,
damit unsere beiderseitigen Standpunkte nicht einmal in einer
Nuance in Widerspruch geraten.“

Erregte Szenen im ungarischen Abgeord-
netenhaus.

WTB. Budapest, 16. Okt. (Nicht amtlich.) Im ungarischen
Abgeordnetenhaus ergriff bei Beginn der Sitzung der Mini-
sterpräsident Dr. Bekerele das Wort: Von Seiten der Karolyis-
Partei ertönten Zwischenrufe: „Es lebe das selbständige und unabh-
hängige Ungarn!“ Der Ministerpräsident sagte: „Ich will dem ge-
ehrten Hause mitteilen, daß die Regierung ihr Rücktrittsgesuch über-
reicht hat. Seine Majestät der König hat es jedoch nicht angenommen.
Ich halte es für meine Pflicht, das Haus über die politische Lage zu
unterrichten (Verschiedene Zurufe: „Sie haben die Demokratie ver-
raten! Man muß Frieden schließen!“)

Der Ministerpräsident erklärte weiter, er werde dem Hause von
der zu erwartenden Antwort Mitteilung machen, so wie sie eingegan-
gen sei. Er ging sodann auf die Darlegung des Verhältnisses zu
Oesterreich ein und sagte: „Nachdem Oesterreich sich die liberale
Grundlage organisiert hat, stellen wir uns auf die Basis der Perso-
nalunion und werden demgemäß unsere Politik in wirtschaftlicher Be-
ziehung und auch in Beziehung auf unsere Verteidigung unabhängig
und selbständig organisieren. Der Ministerpräsident ermahnte sodann
die Abgeordneten, in dieser ersten Lage alles zu bedenken und auf
die Zusammenfassung aller Kräfte hinzuarbeiten.“

Hierauf hielt Graf Michael Karolyi eine Rede, in der er die
sorgfältige Erhellung von Friedensverhandlungen ohne Rücksicht auf die
bisherigen Interessengemeinschaft forderte. Bei den Friedensverhand-
lungen müsse Ungarn durch einen eigenen, mit entsprechenden Mit-
telungskreis ausgestatteten Delegierten vertreten sein. Unter heftigen
Ausfällen gegen die Partei Tiszas forderte er, daß die Urheber des
Krieges strengstens zu Verantwortung gezogen würden. Bei diesen
Worten ertönte der Zwischenruf: „Bezahle die Ententeagenten!“ Mos-
vaßy, Mitglied der Karolyipartei rief: „Wir erklären, daß wir
Ententegegner sind.“ Bei diesen Worten erhob sich ein großer In-
sult. Zahlreiche Zurufe gegen Mosvaßy wurden laut.

Oesterreich-Ungarns Umbau.

Von unserer Berliner Redaktion.

o Berlin, 16. Okt. Die Neugestaltung, die wir in Deutschland
erleben, hat ihr Gegenstück in dem verbündeten Oesterreich-Ungarn.
Raum braucht dabei erwähnt zu werden, daß man die Gleichzeitigkeit
der Erscheinungen nicht mit einer Gleichzeitigkeit verwechseln
darf. In Deutschland ändern sich (mehr den Tatsachen als den Ver-
fassungsparagraphen nach) Regierungsform und Souveränitätsverteilung:
das Reich wird „parlamentarisiert“ und „demokratisiert“. In der
Donaumonarchie ändern sich die Bedingungen, unter denen die Völ-
ker Oesterreich-Ungarns zusammenleben: der Doppelstaat wird „föder-
alisiert“.

Um es mit einem Wort zu sagen: die Entwicklung Oesterreichs
und, vielleicht nicht ganz in dem selben Maße, auch Ungarns, geht
in der Richtung des Staatenbundes. Natürlich ist eine Neulichtheit
mit den deutschen Vorgängen insofern nicht zu verkennen, als neher
dem Uebergang zum Staatenbund, mit ihm zusammenhängend, auch
in Oesterreich-Ungarn die Demokratisierung hergeht. Der „Zentralis-
mus“, der den Nationen der Doppelmonarchie rein staatsrechtlich
weniger Selbständigkeit ließ als die Verfassung des Deutschen Reiches
den Bundesstaaten, geht seit vielen Jahrzehnten zugleich als der Aus-
druck einer parlamentarischen und fortschrittlich-abgeneigten Beam-
tenautokratie, wie sie sich, an der Spitze des Staates, noch vor etwas
mehr als zwei Jahren in der Person des Ministerpräsidenten Stürgkh
verkörperte. Das „System Stürgkh“ mochte, da es mit den Nationen

nicht zu regieren vermochte, ohne sie regieren: es war autoritärlich aus Verlegenheit.

Heute ist man dabei, auch die Uebergangsercheinungen zu befeitigen, deren vorläufige letzte in Oesterreich das Ministerium Haffner war. Haffner hat, kaum anders als sein Vorgänger Seidler, zwischen den Nationen kartiert, immer darauf bedacht, Entscheidungen aufzuschieben. Neben den in der Tat außerordentlichen Schwierigkeiten, die der Bildung nationaler Bundesstaaten entgegenstehen, war für den Widerstand der früheren Regierungen wohl auch der Gedanke maßgebend, daß diese Entwicklung zu den Kriegsziele der Gegner gehörte oder zu gehören schien. Jetzt, nachdem auch Oesterreich-Ungarn sich bereit erklärt hat, das Wilsonprogramm als Grundlage des Friedens anzuerkennen, entfallen diese Bedenken, und mindestens Oesterreich ist bestrebt, die sonst unlösbare Nationalitätenfrage durch Schaffung eines Staatenbundes zu lösen.

Diese Lösung gedenkt Kaiser Karl in einem „Aufruf an meine Völker“ vorzuschlagen. Das neue Kabinett, das nach den vorliegenden Meinungen wohl ein Kabinett des Grafen Salva Tarouca sein wird, dürfte in seiner Zusammenlegung schon ein Ausdruck des entstehenden, bundesstaatlichen Oesterreich sein. Die Grundformel dieses Oesterreich lautet: Selbstbestimmungsrecht; die Möglichkeit ihrer Anwendung ist durch den Entschluß der Deutschen gegeben. Unter Führung der Sozialdemokraten haben sich die deutschen Parteien Oesterreichs zusammengeschlossen und haben den Willen kundgegeben, das Völker selbstbestimmungsrecht auch für sich, die Deutschen, in Anspruch zu nehmen. Damit der Uebergang zum Staatenbund erleichtert werde, ist das geplante neue Ministerium als ein „Völkerministerium“ gedacht: entsprechend dem aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzten „Koalitionsministerium“ der Einheitsstaaten.

Ob dies Ministerium und mit ihm das bundesstaatliche Oesterreich zustande kommt, ist eine Frage der Außenpolitik, der Friedensgestaltung und der Haltung der slavischen Völker. Wie man weiß, sind die Tschechen geneigt, die volle staatliche Selbständigkeit für sich in Anspruch zu nehmen, während die Polen zum polnischen Staat die Südlawen zu den serbischen Königreichen hinneigen. Dazu kommt die zunehmende Geneigtheit Ungarns, den Zusammenhang mit Oesterreich auf die Personalunion zu beschränken. Ob sich eine diagonale dieser auseinanderstrebenden Kräfte wird ziehen lassen, ist heute noch nicht zu sagen, wird aber bald entschieden sein.

(Neue Meldung.)

Wien, 16. Okt. (Nicht amtlich.) Wie das „Abendblatt“ meldet, machte der Ministerpräsident heute nachmittag den Führern der politischen Parteien Mitteilung über die unmittelbar bevorstehende Proklamation, worin die Vorbereitung zur Bildung von Nationalstaaten und nationalen Regierungen in Oesterreich angeordnet wird. In der Proklamation sollen die Völker zur Konsolidierung ihrer nationalen Versammlung aufgefordert werden, welche die Aufgabe hätten, die Wahl von nationalen Regierungen vorzunehmen. Dadurch werde die Umbildung Oesterreichs in einen Bund nationaler Staaten geplant.

In dem kaiserlichen Manifest sei die Errichtung eines deutsch-österreichischen, tschechischen, jüdisch-slavischen und ukrainischen Staates ins Auge gefaßt. Triest wurde als Reichshafen erklärt. Deutsch-Böhmen und Deutsch-Schlesien sollen an Deutsch-Oesterreich angeschlossen werden. Durch das Manifest soll der Lösung der polnischen Frage nicht vorgegriffen und die Integrität Ungarns nicht berührt werden. Auch an die selbständige Konstituierung der in Oesterreich wohnenden Rumänen und Italiener wird gedacht.

Gemeinsam würde diesen Staaten sein das Reichsberhaupt, die Vertretung nach außen und die Verteidigung.

Die Bildung des Staatenbundes soll in der Weise erfolgen, daß sich die Abgeordneten der einzelnen Nationen als sogenannte Nationalparlamenten oder als Nationalräte konstituieren, welche die Aufgabe hätten, die Stelungen der Nationalbundesstaaten vorzubereiten und die geschaffenen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Nationalstaaten festzustellen. Bis zum Insbesetzen der neuen Staaten hätte die jetzige Zentralregierung die Aufgabe, die Kontinuität der Verwaltung zu wahren und den Uebergang des bisherigen Rechtsstaates in den künftigen Bundesstaat vorzubereiten.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die feindliche Beschießung französl. Städte.

Wien, 16. Okt. (Nicht amtlich.) Die Vorstädte von Lille, Cambrai und Reims, sowie Douai und Denain wurden am 15. und teilweise auch in der Nacht zum 16. Oktober mit schwerem Artillerie beschossen. Das Stadthaupt von Le Quesnoy war am 14. Oktober das Ziel schwerer englischer Granaten. In der Nacht vom 14. zum 15. Oktober verurteilten feindliche Bombenwürfe in Le Quesnoy, Tournai und Valenciennes unter der Zivilbevölkerung.

Die französische Zivilbevölkerung und ihr Abtransport.

Wien, 16. Okt. (Nicht amtlich.) Da sich in der Gegend von Cambrai und Douai schon wochenlang schwere Kämpfe abspielten, hat sich die Heeresleitung verpflichtet gesehen, die Zivilbevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Seidberg, 17. Okt. Im Alter von 81 Jahren ist der Direktor des Botanischen Instituts an der hiesigen Universität, Geh. Rat Prof. Dr. Heinrich Rebs gestorben. Er stammte aus Dillreuthen und war vor seiner im Herbst 1907 erfolgten Berufung an die hiesige Universität Direktor des Botanischen Instituts in Halle gewesen. Geh. Rat Rebs genoss in wissenschaftlichen Kreisen einen bedeutenden Ruf durch seine Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Entwicklungslehre.

1. Sinfonielkonzert der Hofkapelle.

Karlsruhe, 17. Okt. Für Max Reges hat von der Zeit an, da sich in Heidelberg Philipp Wolfram mit besonderer Liebe an dem das badische Fürstentum, und namentlich Prinz Max ein förderndes Interesse gezeigt. Förderung hat dieser Tonbildner auf dem Wege zur Höhe nötig gehabt, wie kaum ein anderer. Denn einmal war ihm zeitweilig die Gabe verfallen, sich „in Szene zu legen“, und dann setzte auch die Aufführung seiner Werke, ob es nun Kammermusik, Orgel, Chor- oder Orchesterkompositionen waren, ein ihren gewaltigen Ansprüchen entsprechendes Können und einen künstlerischen Unternehmungsgeist voraus, den man nicht allerorts anbrachte.

So hat es auch die Musikfeste der badischen Residenz lange genug unterlassen, das Schaffen des energischen verstorbenen Meisters noch Gehör zu würdigen, eines Meisters, dem auch die Gegner und „Angewandten“ das eine zugestehen müssen: daß er deutsch war in seinem ganzen Fühlen und Schaffen. Jeder andere wäre dem musikalischen Impressionismus unrettbar verfallen, wenn er sich einmal einem, von Debutist beherrschten Reiche so sehr genähert hätte, wie Reges in seiner, durch die „Romantische Suite“ gekennzeichneten Schaffensperiode getan hat. Reges hingegen verwarf das Erbgut nicht, das sein Genie von J. S. Bach und Johannes Brahms mitbestimmen hatte. Wohl lernte er von den Impressionisten, die ihn fasziniert machten, ihn fasziniert, vornehmlich aber auch die Palette seiner Orchesterfärbung farbenvoller ausschalten lassen. Bereichert fand er sich selbst wieder über ein Thema von Mozart, die Hofoperndirektor Coriolis, seine Ehrenjahre dem Meister gegenüber begleitend, gehen an die Spitze des Reigenes der diesjährigen Hofkonzerte gestellt hatte.

Cambrai und Douai sind bereits Anfang September, als englische Kanonen die Stadt zu beschließen begonnen hatten, geräumt worden. Die Abfuhr der Stadt unter Feuer gehalten wurden. Man hatte der Zivilbevölkerung durch öffentliche Anschläge mehrere Tage zuvor den Abtransport bekannt gegeben. Darauf erfolgte die persönliche Aufforderung an die Familien, Besprechungen mit dem Bürgermeister, Ausgabe der Einleitungsarten an die Familien, Einleitung in Kolonnen, die Verpflegungsausgabe für mehrere Tage. Außerhalb des Ortes wurden Sammelplätze angelegt und von der Militärbehörde Pferde, Wagen und Eisenbahnzüge zur Verfügung gestellt, die für die Zeit und die Dauer des Abtransportes der Bevölkerung für Militärzwecke gesperrt waren. Die Kolonnen wurden von Begleitmannschaften übernommen, die sie auf befohlenen Straßen nach Orten des Hinterlandes brachten, nach denen Quartiermeister vorausgeschickt waren. Man hatte dafür Sorge getragen, daß Familienangehörige zusammengebracht und hat es der Bevölkerung erlaubt, das Nötigste von ihrem Hab und Gut mitzunehmen. Sie machte davon ausgiebig Gebrauch und führte auf Karren und selbstgezügelter Wagen alles mit sich. Auf den Kaiserstraßen wurden Greise, Kranke und Kinder transportiert, die den Anstrengungen des Marsches nicht gewachsen waren. So wurden auf Karren aus Douai 500 Kinder und 250 kranke Frauen aus Privatwohnungen und Hospitälern unter Aufsicht eines Arztes und mit Unterstützung von Sanitätspersonal vor den englischen Granaten in Sicherheit gebracht.

Ereignisse zur See.

Wien, 16. Okt. (Nicht amtlich.) Der schwedische Dampfer „Maja“ (2200 B.R.T.) wurde an der englischen Küste torpediert. Neun Mann kamen ums Leben.

Beislagnahme deutscher Schiffe in Spanien?

Berlin, 16. Okt. Schweizerische Blätter melden aus Paris: Dem „Temps“ wird von der spanischen Grenze gemeldet, die spanische Regierung habe beschlossen, die deutschen Schiffe bis zu einer Gesamttonnage von 15 000 Tonnen in Beislag zu nehmen. Die deutsche Botschaft wurde ersucht, selbst die für die Beislagnahme bestimmten Schiffe zu bezeichnen. Sollte dies bis zum 15. Oktober, abends, nicht geschehen sein, würde die spanische Regierung amtlich die Auswahl treffen. Das Pariser Bureau Havas meldet dazu aus Madrid, der spanische Ministerrat habe beschlossen, alle deutschen Schiffe, höchstens 62 an der Zahl, zu requirieren. (Deutscherseits liegt noch keine Meldung vor. D. R.) (S. L. A.)

Badische Chronik.

Karlsruhe, 16. Okt. Im Evangelischen Vereinshaus fand heute nachmittag eine Besprechung von evangelischen Geistlichen und Laien statt über die liturgische Frage innerhalb der evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens. Den Vorsitz führte Pfarrer Dr. Eichenhöfer-Rosenberg, der auch den einleitenden Bericht erstattete. Nach lebhafter Aussprache wurde ein Ausschuss eingesetzt, der die Frage eingehend behandeln soll.

Karlsruhe, 17. Okt. Der Verband Bad. Eisenbahnbeamtenvereine, der Bad. Eisenbahnverband und der Verband des deutschen Verkehrspersonals, Gau Baden, riefen vor einiger Zeit an die Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen eine Eingabe über bessere Regelung der Dienst- und Ruhezeit, sowie um Gewährung des Urlaubs. In der Eingabe war die Bitte ausgesprochen, durch Vermehrung des Personalbestandes Vorkehrungen zu treffen, damit die Ruhezeitbestimmungen verbessert, wenn möglich in dem Umfange, daß sie alsbald wieder auf den im Frieden üblichen Stand gebracht werden können. Ferner wurde in der Eingabe der Generaldirektion darauf gefordert, daß für das laufende Jahr der volle Urlaub nachträglich gewährt werden würde. Die Generaldirektion gab auf diese Eingabe die Antwort, daß sie alles tun werde, die Gesundheit und Leistungsfähigkeit ihrer Beamten und Arbeiter zu erhalten. Eine Personalvermehrung sei aber nur in beschränktem Umfange möglich und man sei in der Hauptsache auf die Einstellung weiblischer Arbeitskräfte angewiesen, die auch nicht allgemein im Betriebsdienst verwendbar sind. Die Generaldirektion betont, sie werde auch fernerhin bestrebt sein, soweit als irgend möglich Erleichterungen zu schaffen.

Heidelberg, 16. Okt. Infolge der Grippe sind die Volksschulen bis Ende nächster Woche geschlossen.

Kallatt, 17. Okt. Nach längerer Krankheit, welche er sich im Felde zugezogen hatte, ist Feldwebelkapitän Hans Keller gestorben. Aus Kallatt stammend, war Dispositionsleiter Keller im Jahre 1907 in den Dienst der engl. Landwehr eingetreten. Er wirkte einige Zeit in Freiburg und wurde im Jahre 1911 Dispositionsleiter in Kallatt. Mit Ausbruch des Krieges zog der Verstorbene mit unseren Truppen ins Feld, wo sein kriegerisches Verhalten geradezu vorbildlich war. Er trug die Ehrenkreuze 1. und 2. Klasse, den Zähringer Löwenorden und den Hohenzollernschen Hausorden.

Wörach, 16. Okt. Man schreibt dem „Oberländer Boten“: Am Montag vormittag löschte ein Bierfeld Feuer 150 A, nachmittags war der Preis bereits auf 120 A gestiegen und abends konnte man schon für 1 A den neuen Rebenstap probieren.

St. Georgen i. Schw., 16. Okt. Der Gemeinderat hat beschlossen, den Kriegsfamilien und den Hinterbliebenen von Kriegern zur Beschaffung von Brennmaterialien, Kartoffeln und anderen Wintervorräten einmalige Beihilfen von 30 A für jede Frau und 10 A für jedes Kind zu gewähren. Hierfür ist ein Aufwand von 18 000 A notwendig.

Das Adur-Thema dieser Variationen darf als in mystifizierenden Kreisen bekannt bezeichnet werden. In seiner Orchesterfassung stellt Reges Streicher und Holzbläser gegenüber, ein Verhältnis, das sich auch in einem Teil der Variationen beibehalten findet. Die erste von ihnen, die das Thema mit Figuren der Flöten, Fagotte, Geigen und Celli arabeskenartig verzerrt, ist noch durchaus im Stile der strengen Variation gehalten, wie überhaupt auffällt, daß das Thema, trotz der verästelten Natur der Partitur dieses Opus 132, stets durchgänglich bleibt, namentlich in jenen Abschnitten, die die gleiche Takzahl wie es selbst (3/4) aufweisen. Lediglich die fünfte und achte Variation und natürlich auch die Schlusssätze gehen über diese Takzahl hinaus. Aber das Wert ist nirgends etwa in der Technik stehen geblieben. In einzelnen Variationen bringt der Meister Gegenemata völlig eigener Erfindung, die Variationen eins bis fünf bedeuten ein Fortschreiten hinsichtlich der Reichhaltigkeit der Forderungen, eine Steigerung zu der das Sollenmotto der letzten wohlklingend kontrastiert. Die sechste bringt das Thema in den Hörnern und in gleichzeitiger Durchführung ein zweites in den Geigen. Ein Stück von herrlicher, fast verunsicherter Stimmung stellt die, ihre Form sprengende, achte Variation dar, und gleich einem Strom, in Stolz und Würde, zieht der Schlüssel der Fuge einher, auf einem im Gegenklang strahlenden Bogen gleichsam das Mozart-Thema tropend, über dem sich das Jugenthema und sein pathetischer Begleiter hübsig die Hände reichen.

Der dem Satz huldig, „variatio delectat“, dem muß dieser Abend überhaupt Glück genug gebracht haben. Denn auch der Solist am Klavier, Herr Professor Schmidt-Lindner (München), spielte ein Regersches Variations-Werk, und da das Programm somit im Zeichen des Kontrastes stand, bildete nach dem Schumann-Konzert in a-moll die Brahms'sche vierte Sinfonie mit ihrer gigantischen Passacaglia keinen Abschluß. Und man muß sagen, daß diese Programm-Zusammenstellung nicht allein vom Gesichtspunkt jenes kleinen Wortspiels, sondern in jeder Hinsicht so vorzüglich und wirkungsvoll war, daß ihr die etwas außergewöhnliche Länge mit dem größten Vergnügen nachzugehen werden kann.

In Aufgaben, wie sie bei dieser Gelegenheit gelöst wurden, lernt man auch die Interaktion schätzen, und zu einer weit mehr als lediglich schätzenden Bekanntheit ist die mit Herrn Professor Schmidt-Lindner geworden, der die von Max Reges ihm gewidmeten Variationen und Doppeltrage über ein einträglich-schönes Oboenthema aus einer Bach'schen Kantate zur hiesigen Gehörbüh-

Konstanz, 17. Okt. Ein großer Betrugsprozeß hat sich vor der hiesigen Strafkammer abgespielt. Auf der Anklagebank erschien der Kaiser Franz Weike aus Berlin mit 14 Genossen, die sich wegen mehrfachen Betrugs, Betrugsversuches, Hehlerei und eines Einbruchdiebstahlsverfuges zu verantworten hatten. Die Betrüger waren in ganz raffinierter Weise angelegt und verwickelte Leute wurden um Beträge von 5000, 3000, 2000, 2200, 1900 M. betrogen. Die Schwindler betrieben ihre Geschäfte hauptsächlich mit Sacharin und Gummi, wobei sie die Kaiser tüchtig reinlegten. Der Hauptangeklagte Weike und einer seiner Helfershelfer namens Bud erhielten je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, während den übrigen mehrmonatige Gefängnisstrafen subitriert wurden.

Beratungsjelle für Handwerk und Gewerbe.

Karlsruhe, 16. Okt. Die Beratungsjelle für Handwerk und Gewerbe, welche der Landesverband der bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, St. Karstadt, an 31 Stellen im Großherzogtum errichtet hat, haben den Zweck, den Handwerkern und Gewerbetreibenden in allen Fragen des gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens unentgeltlich Rat und Auskunft zu erteilen. Vor allem haben sie sich den wirtschaftlichen Wiederaufbau aller durch den Krieg geschädigten ehemals gefunden Handwerkerkreise zur Aufgabe gemacht. Zu diesem Zweck unterstützen sie die Handwerker und Gewerbetreibenden bei der Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel, bei der Vergütung öffentlicher Arbeiten und Lieferung zu angemessenen Preisen, sie beraten den gewerblichen Mittelstand in rechtlichen, wirtschaftlichen und in Rechtsfragen, in Versicherungsangelegenheiten, bei Anfertigung von Verträgen, Berechnungen und Steuererklärungen. Die Beratungsjellen ziehen Forderungen der Handwerker und Gewerbetreibenden ein und wirken bei Bekämpfung des Verborgenen, des unlauteren Wettbewerbs und der Schwindelstrafen mit. Ganz besondere Aufmerksamkeit werden die Beratungsjellen der Berufsberatung und der Beschäftigungsermittlung schenken, denn die Beschäftigungsfrage ist und bleibt eine Zukunftsfrage fürs Handwerk. Der Handwerker und Gewerbetreibende ist recht dringend zu empfehlen, in ihrem eigenen Interesse von dieser gemeinnützigen Einrichtung weitgehenden Gebrauch zu machen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 17. Oktober. Bürgerliche Kleidung für Militärangehörige. Vom 1. Jan. 1919 an werden an Unteroffiziere und Mannschaften, die einen unbedingten Anspruch auf unentgeltliche militärische Einlebung haben, aus dienlichen Gründen aber genötigt sind, bürgerliche Kleidung zu tragen, und nach den bisherigen Bestimmungen hierfür eine Geldentschädigung erhalten, mit bürgerlicher Kleidung aus Beeresbeständen ausgestattet. Die Tragzeit dieser Bekleidungsstücke wird für einen Anzug auf ein Jahr, für einen Mantel auf 2 Jahre festgesetzt. Eine Neuanschaffung erfolgt nur gegen Rückgabe der ausgetragenen Stücke. Offizieren im Ueberwachungsdiens ist, ebenfalls dienlich gehalten, die bürgerliche Kleidung zu tragen, drehen vom Kriegesbediensteten des Gardekorps bürgerliche Bekleidungsstücke in demselben Umfange wie Unteroffiziere auf Wunsch gegen Erstattung der Selbstkosten überlassen werden. Auf Beamtenhelfertruppen in Zivil findet dieser Erlass keine Anwendung.

Anspruch auf Lösung von Kriegesgefangenen. Amtlich wird mitgeteilt: Zur Richtigmachung der vielerbreiteten Meinung, daß die Angehörigen von Kriegesgefangenen Anspruch auf die Lösung ihrer gefangenen Verwandten hätten, wird amtlich mitgeteilt: Der Kriegesgefangene selbst verliert seinen Anspruch auf die Lösung mit Ablauf des Monatsdreizehnten, in dem er gefangen genommen wurde. Für seine Angehörigen besteht ein „Anspruch“ auf die Lösung überhaupt nicht. Inwiefern man ihnen die Lösung ganz oder teilweise bewilligt werden, wenn die Familie bedürftig ist und die Lösung zum Unterhalt gebraucht wird. In Verwandte ausführender Linie, Geschwister oder Pflegekinder, kann die Lösung jedoch nur dann bewilligt werden, wenn der Kriegesgefangene ihr überlebender Ernährer war und Bedürftigkeit vorliegt. Auch zur Unterstützung des Kriegesgefangenen selbst kann die Bewilligung der Lösung ganz oder teilweise erfolgen, wenn er dieser Unterstützung dringend bedarf und die Angehörigen nach billigem Ermessen nicht in der Lage sind, die Unterhaltungskosten aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Ueber die Bewilligung der Unterstützung, wie über den Zeitpunkt ihrer Auszahlung entscheidet der Truppenchef, unter dessen Befehl der Kriegesgefangene zuletzt geblieben hat. Die durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 1. August 1918 gewährte monatliche Zulage von 9 M. an die mobilten Unteroffiziere und Mannschaften ist lediglich als Teuerungszulage für diese Heeresangehörigen selbst anzufassen. Eine Bewilligung dieser Zulage an die Angehörigen Kriegesgefangener ist daher nicht angedacht.

Vertrag. Der Vortrag des Herrn Dr. Hüßler-Berlin über „Textilstoffe“ findet am Samstag, den 19. Oktober, nachm. 4 Uhr, im Sitzungssaal des Ständehauses, Ritterstraße 22, statt.

Luftwärme in Karlsruhe

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station). 16. Oktober 2 1/2 mittags 12 Grad; 9 1/2 abends 7,8 Grad; 17. Okt. vorm. 3,6 Grad. Höchste am 16. Oktober 12,7 Grad; tiefste in der folgenden Nacht 2 Grad.



Dieses Werk erreicht weder an Abklärung noch an formaler Geschlossenheit die Mozart-Variationen, aber in seinem Sturm und Drang spielt es naturlicher noch als jene für die schöpferische Eigenkraft, die dem Meister auch dort zu Gebote stand, was er schon in der architektonischen Form ausfüllte. Doch unter all diesen zahlreichen Variationen ist keine, die sich nicht als ein Werk der genialen Hand des Meisters erweist. Das Werk ist ein Meisterwerk, das dem Orchester alles abverlangt, was es fähig ist, und das dem Komponisten eine unerschöpfliche Quelle der Wiedergabe verleiht. Was bei keinem Spiel besonders auffällt, ist, daß die Technik niemals nur „glatt“ ist wie etwa bei Böhm, niemals nur Brillantfeuerwerk wie etwa bei Bachhaus, sondern, gleich seinem gesunden männlichen Rhythmus, der Ausdruck eines, den Anschlag jeder Note mitbestimmenden musikalischen Willens, dem das geistige Stärke innewohnt.

Mit großer Hingabe hat das Orchester die Brahms'sche Sinfonie gespielt, in subtilster Ausfertigung und mit erlesenen kläglichsten Feingefühl in allen Gruppen die Regerschen Variationen, von Herr Coriolis nicht nur alle Eigenheiten der Phrasierung, sondern auch die Schlussteigerung der Fuge prächtig herausgearbeitet hatte. Mit den Sinfoniekonzerten, für deren Serie meines Erachtens die amtliche Verlautbarung eines Generalprogrammes und die Eröffnung einer besonderen Formelle sehr zweckdienlich gewesen wäre, ist damit also in künstlerischer Hinsicht ein ausgezeichnetes Anfang gemacht worden.

Vermitltet.

Verlängerung der Zeichnungsfrist für die „Neunte“.

Wien, 17. Okt. (Nicht amtlich.) Von den verköndigten Seiten ist an das Reichsfinanzamt und an die Reichsbank das Ansuchen gerichtet worden, die Zeichnungsfrist für die neunte Kriegsanleihe zu verlängern. Wie wir erfahren, ist beabsichtigt, dieser Anregung stattzugeben und den Zeichnungsfrist um etwa 14 Tage hinauszuschieben. Der endgültige Schlußtermin dürfte in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden.

